



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Gesundheit und Sport

Es informiert Sie:	Andrea Pannen
Telefon:	02104 / 99-2257
Fax:	02104/99-842257
E-Mail:	andrea.pannen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 30.10.2012

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Sport

Sitzungstermin Montag, den 29.10.2012, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Margret Stolz

Mitglieder

Ernst Buddenberg
Bernd Falkenau
Karl-Heinz Göbel
Doris Grünendahl
Werner Horzella
Franz Keusch
Helmut Klink
Holger Lachmann
Wilma Langer
Nils Lessing
Marianne Münnich
Michael Pätzold
Martina Reuter
Klaus Rohde
Carola Rotert
Sybille Schettgen
Paul Söhnchen
Axel Tenten

Susanne Vogel
Herbert Wetzig

Verwaltung

Denise Brauer
Bettina Ex
Volker Freund
Anne Grassberger
Ulrike Haase
Michael Hirsens
Daniela Hitzemann
Regina Kohnert
Peter Köppchen
Dr. Rudolf Lange
Andrea Pannen
Martin M. Richter
Armin Römer
Frank Schäfer
Sven Schwabe
Petra Sinkiewicz

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.09.2012
3. Informationen der Verwaltung
4. Projekt MiMi - Mit Migranten für Migranten - Sachstandsbericht 53/008/2012
5. Bericht über die Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinderung im Jahr 2012 57/004/2012
6. Haushalt 2013 20/033/2012

7. Nachträge

7.1. Agenda zur Inklusion 57/005/2012
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.10.2012

7.2. Ausstellung von Schwerbehindertenausweisen 57/006/2012
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.10.2012

Nicht öffentlicher Teil

8. Informationen der Verwaltung

9. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit und Sport, KA Stolz, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen worden sind. Anschließend folgt die Feststellung der Anwesenheit (SB Reuker und KA Schnitzler fehlen entschuldigt) und der Beschlussfähigkeit.

Sie weist darauf hin, dass die Tagesordnung um zwei Anfragen

7.1 Agenda zur Inklusion 57/005/2012
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.10.2012

7.2 Ausstellung von Schwerbehindertenausweisen 57/006/2012
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.10.2012

erweitert wurde.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Die Tagesordnung wird festgestellt. Eine Benennung von Berichterstatter/innen für den Kreistag ist nicht erforderlich.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 20.09.2012

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Sport vom 20.09.2012 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

⇒ **Forschungsprojekt im Rahmen der Aktivitäten der Landesinitiative „Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen“**

Herr Dr. Lange berichtet, dass der Kreis Mettmann als Projektregion für ein Forschungsprojekt im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Entwicklung, Pflege und Alter (MGEPA) ausgewählt wurde. Im Rahmen dieses Projektes sind mehrere runde Tische zur Vernetzung der kinder- und jugendpsychiatrischen und – psychotherapeutischen Versorgungs- und Hilfestrukturen in NRW geplant. Der Kreis Mettmann wurde um Mitwirkung bei der Beurteilung der aktuellen Situation und der zukünftigen Herausforderungen gebeten. Das offizielle Anschreiben des MGEPA an den Kreis Mettmann wird der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

⇒ **Fachanwendungsplanung für das Gesundheitsamt**

In der letzten Ausschusssitzung wurde zugesagt, weitere Informationen bezüglich einer Fachanwendungsplanung für das Gesundheitsamt zu geben. Erfreulicherweise ist nunmehr festzustellen, dass die einzuführenden Softwaremodule für das Gesundheitsamt Bestandteil der Fachplanung 2013 sind. Dies wurde in der Verwaltungskonferenz beschlossen. Im derzeitigen Entwurf des Haushaltsplanes sind Mittel zur Realisierung eingeplant. Herr Dr. Lange berichtet, dass das Gesundheitsamt derzeit ein sog. Pflichtenheft erstellt, auf dessen Grundlage die Ausschreibungen erfolgen werden. Es ist geplant, im Herbst 2013 das erste Modul (amtsärztlicher Dienst) zu installieren und einzuführen. Danach folgen bis zum Frühjahr 2014 sukzessive die weiteren Module (sozialpsychiatrischer Dienst, jugendärztlicher Dienst).

⇒ **Angebote für die Kitas 2013 im Rahmen der LOTT-JONN Initiative Kinder- und Jugendgesundheit**

Herr Dr. Lange weist darauf hin, dass das Programmheft LOTT-JONN Initiative Kinder- und Jugendgesundheit, das über die „Angebote 2013 für Kitas“ informiert, zur Ansicht ausliegt. Es ist der Niederschrift als **Anlage 2** beigelegt.

⇒ **Tuberkulose-Testuntersuchungen in Hilden**

Über die Tuberkulose-Testuntersuchung an rd. 500 Patienten wurde bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses berichtet. Zwischenzeitlich wurden weitere rd. 80 Patienten untersucht, die an der Testaktion im September nicht teilnehmen konnten. Hinsichtlich der Zahl der positiv getesteten Kinder (erste auffällige Anzeichen) ist es bei zwei Kindern geblieben. Bei diesen stehen nunmehr weitere Untersuchungen an. Ein Kind wird bereits aufgrund einer latenten Infektion medikamentös behandelt. Auch die Familien, die von dem Untersuchungsangebot keinen Gebrauch gemacht haben, behält das Gesundheitsamt – wie bereits zugesagt – im Auge. Sie wurden nochmals angeschrieben und sensibilisiert, ihre Kinder sorgfältig zu beobachten und das Thema Tuberkulose bei künftigen Kinderarztbesuchen anzusprechen.

⇒ **Durchführung von Ferienfreizeiten für Kinder von Förderschulen des Kreises**

Herr Freund erinnert daran, dass neben dem Schul- und Kulturausschuss auch der Ausschuss für Gesundheit und Sport im Jahr 2011 über Ferienmaßnahmen für Kinder an Förderschulen des Kreises diskutiert hat. In den Sommerferien 2012 sind Ferienfreizeiten an allen drei Förderschulen für Geistige Entwicklung des Kreises Mettmann in Ratingen, Velbert und Langenfeld durchgeführt worden. Der Kreis hat pro Schule jeweils 5.000 € zur Verfügung gestellt und in gleicher Höhe auch Mittel für den Haus-

halt 2013 vorgeschlagen. Das Elternecho war positiv. Die Beförderung und Mittagsverpflegung wurde durch die Eltern selbst organisiert. Die Nachfrage war wegen der späten Festlegung der Ferienmaßnahme noch relativ gering (33 Kinder). Für 2013 ist wegen eines günstigeren Vorlaufes mit einer deutlich höheren Nachfrage zu rechnen.

⇒ **Special Olympics**

Herr Freund informiert über die Verteilung der Kreiszuschüsse, dank derer eine Teilnahme an den Special Olympics National Games vom 20. - 26.05.2012 in München ermöglicht wurde. Die Zuschüsse des Kreises Mettmann in Höhe von 9.850 € gingen an:

Helen-Keller-Schule

- 31 Teilnehmer
- Fußball, Judo, Roller Skating, Kanu

Schule an der Virneburg Ratingen

- 26 Teilnehmer
- Schwimmen, Roller Skating, Kanu

Lebenshilfe

- 16 Teilnehmer
- Schwimmen, Kraftdreikampf, Roller Skating, Golf, Tischtennis

⇒ **Förderung von Schulsportgemeinschaften**

Herr Freund berichtet, dass zu den Aufgaben des Sportbereiches auch die Bearbeitung von Anträgen im Rahmen der Förderung von Schulsportgemeinschaften gehört. Insgesamt haben die Schulen im Kreis Mettmann 133 Schulsportgemeinschaften im Rahmen des außerunterrichtlichen Schulsports eingerichtet und Aufwandsentschädigungen für die Leiterinnen und Leiter beantragt. Die Bewilligung und Auszahlung erfolgt im Rahmen des vom Land zur Verfügung gestellten Budgets.

Talentsichtung:

- 19 Anträge, davon 14 durch den Ausschuss für den Schulsport befürwortet
- Volumen: 12.600 €
- Talentförderstützpunkte in Hilden für Judo und in Erkrath für Geräteturnen

Allgemeine Schulsportgemeinschaften:

- 114 Anträge, davon 101 durch den Ausschuss für den Schulsport befürwortet
- Volumen: 15.959 €

Die Volumen werden vom Land NRW festgelegt, so dass bei 27 Allgemeinen Schulsportgemeinschaften die Einrichtung zwar befürwortet, aber keine Auszahlung wegen Budgetüberschreitung angeordnet wurde.

Die Aufwandsentschädigungen werden durch den Landessportbund ausgezahlt.

⇒ **Schulsportwettkämpfe**

In der letzten Ausschusssitzung wurde über die Schulsportwettkämpfe für das Schuljahr 2011/12 berichtet.

Herr Freund weist darauf hin, dass erfreulicherweise auch die Termine für das neue Schuljahr 2012/13 mittlerweile feststehen. Er betont, dass die Terminkoordination ein besonders schwieriges Geschäft darstellt, da für über 100 Veranstaltungen die Bedingungen und Möglichkeiten der Schulen und der Sportanlagen abgestimmt werden müssen.

⇒ **Rücknahme der Freigabe einiger Chargen von Grippeimpfstoffen**

Herr Dr. Lange informiert darüber, dass das Paul-Ehrlich-Institut als Maßnahme der Risikovorsorge die Freigabe von vier Chargen des Grippe-Impfstoffs Begripal sowie eine Charge des Impfstoffs Fluad zurückgenommen hat. Diese Maßnahme dient dem

Schutz der Patienten vor möglichen Nebenwirkungen, die nach der Verabreichung von Impfstoffen, die Ausflockungen zeigen, innerhalb einiger Stunden auftreten könnten. Solche Ausflockungen wurden in Deutschland bei den Impfstoffen bisher nicht beobachtet, zurückgerufen werden aber jene Chargen, bei deren Produktionsvorstufen solche Ausflockungen aufgefallen sind. Für NRW kann Entwarnung gegeben werden, da diese Impfstoffe hier aufgrund anderer Rahmenverträge grundsätzlich nicht zum Einsatz gelangen.

Zu Punkt 4:	Projekt MiMi - Mit Migranten für Migranten - Sachstandsbericht - Vorlage Nr. 53/008/2012
--------------------	---

Dem Wunsch des Ausschusses für Gesundheit und Sport vom 05.03.2012 entsprechend wird in der Vorlage über die aktuelle Entwicklung des Projektes und speziell über die Anzahl der aktiven Mediatoren/Mediatorinnen berichtet.

KA Stolz weist darauf hin, dass zu diesem Thema ein Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Haushalt 2013 vorliegt. Sie schlägt vor, die Ausführungen der Verwaltungsvorlage an dieser Stelle lediglich zur Kenntnis zu nehmen und die weiteren Beratungen im Rahmen des Tagesordnungspunktes 6 (Haushalt 2013) vorzunehmen. Diesem Vorschlag schließen sich die Ausschussmitglieder an.

Der Ausschuss für Gesundheit und Sport nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 5:	Bericht über die Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinderung im Jahr 2012 - Vorlage Nr. 57/004/2012
--------------------	--

Der Ausschuss für Gesundheit und Sport nimmt den Bericht der Verwaltung zum Thema „Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinderung im Jahr 2012“ zur Kenntnis.

Herr Rohde weist darauf hin, dass der Ausschuss für den LVR-Verband Heilpädagogischer Hilfen in seiner heutigen Sitzung über das Thema „Freizeit- und Ferienmaßnahmen für Menschen mit Behinderung“ diskutiert und die Modalitäten zur Förderung von Maßnahmen im Jahr 2013 geändert hat. Zum Einen richten die Antragsteller ihre Anträge nunmehr direkt an den Landschaftsverband Rheinland (nicht mehr über die örtlich zuständige Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstelle - KoKoBe). Zum Anderen sollen die Antragsformulare geändert werden, um zum Inklusionsaspekt detaillierte Informationen zu erhalten (die Ferienmaßnahme muss inklusiven Charakter haben).

Zu Punkt 6: Haushalt 2013 - Vorlage Nr. 20/033/2012
--

Vor Einstieg in die Beratungen erläutert KA Stolz das Verfahren der Haushaltsberatungen: Grundlage bildet der in der Sitzung des Kreistages am 04.10.2012 eingebrachte Haushaltsentwurf 2013. Wie bereits in den Vorjahren wird für Anträge und Anfragen das bekannte schriftliche Verfahren verwendet. Alle Anträge/Anfragen liegen nochmals nummeriert als Tischvorlage (**Anlage 3**) aus. Sie ruft nacheinander die einzelnen Produkte auf und lässt über diese abstimmen. Die Änderungsanträge stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an. Nach abschließender Vorberatung durch den Ausschuss erfolgt eine endgültige Beschlussfassung über den Haushaltsentwurf 2013, soweit er in die Zuständigkeit des Ausschusses fällt.

Produktbereich 05 (Soziale Leistungen)
Produkte 05.01.01 - 05.06.05

05.01.01 (Eingliederungshilfe, Fürsorgestelle, Sprachheilfürsorge)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

KA Schettgen stellt fest, dass der Ansatz im Bereich der Transferaufwendungen (Seite 714, Zeile 15) erheblich angestiegen ist und bittet um Erläuterungen. Herr Schäfer sagt konkrete Erläuterungen zur Niederschrift zu

Ansatz Erläuterung zu Ziffer 15 des Teilergebnisplanes:

Heilpädagogische Maßnahmen Autisten:	360.000 €
Sonstige Eingliederungshilfe (EGH)*:	5.000.000 €
Eingliederungshilfe in Einrichtungen:	240.000 €
Beförderungsdienst für Schwerbehinderte:	275.000 €
Ambulante Sprachheilfürsorge:	49.000 €

* Die sonstige EGH umfasst insbesondere:

- ⊕ Schulbegleitungen
- ⊕ Kindergartenbegleitungen
- ⊕ Freizeitbegleitungen
- ⊕ Heilpädagogische Maßnahmen
- ⊕ Behinderungsgerechter Umbau von Wohnungen
- ⊕ bei stationärer Unterbringung in Einrichtungen der EGH auch Pflegeleistungen
- ⊕ Übernahme der Kosten für Pflegekinder in Pflegefamilien
- ⊕ Hilfsmittel,

wobei der Hauptteil der Aufwendungen bei den Schulbegleitungen (ca. 1,4 Mio €) zu veranschlagen ist.

Insbesondere der Einsatz von Integrationshelfern (Kindergarten-, Freizeit- und Schulbegleitungen) verursacht eine erhebliche Kostensteigerung. Einerseits sind die Fallzahlen in diesem Bereich erheblich gestiegen. Andererseits sind durch den Wegfall des Zivildienstes die Anbieter verpflichtet gewesen, nunmehr den Bedarf über fest angestellte Mitarbeiter zu decken. Hier liegen die Kosten erheblich höher als vorher.

In diesem Zusammenhang sichert Herr Richter auf Bitte von KA Horzella zu, dass die Verwaltung Veränderungen in den Planansätzen künftig textlich erläutern und beziffern wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

05.04.09 (Behinderung und Ausweis)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Auf Nachfrage erklärt Herr Schäfer, dass die neuen Schwerbehindertenausweise im Scheckkartenformat von der Bundesdruckerei gefertigt werden. Weitere Verfahrensinformationen stehen noch aus.

Aktueller Stand:

NRW will die zulässige Übergangszeit nutzen und den neuen Ausweis voraussichtlich erst Anfang 2014 einführen (Ende der Übergangsfrist: 31.12.2014).

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

05.05.01 (Behindertenkoordination und beratende Dienste)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

05.05.02 (Frühe Hilfen und Freizeitmaßnahmen bei Behinderung)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

05.06.01 (Einrichtungen für behinderte Erwachsene)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

05.06.02 (Integrative Kindertagesstätte Velbert)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

05.06.03 (Heilpädagogische Tagesstätte Ratingen)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

05.06.04 (Heilpädagogische Tagesstätte Heiligenhaus)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

05.06.05 (Heilpädagogisch / Integrative Kindertagesstätte des Kreises Mettmann in Langenfeld)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

**Produktbereich 07 (Gesundheitsdienste)
Produkte 07.01.01 - 07.03.01**

07.01.01 (Gesundheitsförderung)

Laufende Nr. 1 der Tischvorlage

	<input checked="" type="checkbox"/> Ergebnisplan
Seite	914
Zeile	16

Beträge in €	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)	218.800	219.800	219.800	.219.800
Ansatz (neu)	196.800	197.800	197.800	197.800
Differenz	22.000	22.000	22.000	22.000

Durch erfolgreiche Nachverhandlungen mit der Sporthochschule Köln konnten die Geschäftsaufwendungen für das Projekt „LOTT-JONN“ reduziert werden. Die Verwaltung bittet den Ausschuss, sich diesen Antrag zu Eigen zu machen und einer Reduzierung des Aufwandes um 22.000 € zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Laufende Nr. 2 der Tischvorlage

*	<input type="checkbox"/> Teilergebnisplan
Seite	914
Zeile	16

**	Beträge in €	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)		218.800	219.800	219.800	219.800
Ansatz (neu)		228.800	229.800	229.800	229.800
Differenz		10.000	10.000	10.000	10.000

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das Projekt MiMi wird als Kreis-Projekt zur Gesundheitsprävention - falls erforderlich unter neuem Namen - weitergeführt. Die Verwaltung klärt mit dem EMZ, ob und wenn ja in welcher Höhe Linzenzgebühren für die Nutzung der vorhandenen Materialien anfallen.

Die Verwaltung nimmt Kontakt mit der Firma Janssen-Cilag GmbH auf, um zu klären, ob eine weitere Förderung des Projektes durch die Firma möglich ist.

Die Verwaltung überlegt in Zusammenarbeit mit den Vereinen und Verbänden, die bereits Angebote für Migrantinnen und Migranten machen, an welchen Stellen die Mediatoren/-innen sinnvolle Angebote machen können (z.B. Elternarbeit in KiTas und Schulen) und wir "vermittelnd" tätig werden.

KA Lessing erläutert den Antrag der Fraktion. Da noch acht Mediatoren/-innen an eine Weiterarbeit interessiert sind, macht es Sinn, deren bisher erworbenes Wissen weiterhin gezielt und nachhaltig für die Aufgaben der Gesundheitsprävention zu nutzen. Dabei könnte zukünftig das Kommunale Integrationszentrum Veranstaltungen anregen und vermittelnd tätig werden.

KA Münnich ergänzt, dass das Projekt MiMi Menschen einbindet, die ansonsten im Rahmen der Gesundheitsvorsorge nicht erreicht werden könnten. Die zusätzlichen Mittel von 10.000 € sollen die Verwaltung in die Lage versetzen, die Kosten für eine Weiterführung des Projektes zu bestreiten.

Herr Dr. Lange berichtet zunächst, dass die Verwaltung bereits schriftlich mit dem EMZ Kontakt aufgenommen habe, um die weitere Nutzung der Schulungsunterlagen abzuklären. Eine Antwort stehe aber noch aus. Anschließend geht er auf die Förderung durch die Firma Janssen Cilag GmbH ein und weist darauf hin, dass diese nach Beendigung des Projektes im Jahre 2011 einmalig einen „separaten Nachschlag“ für 40 weitere Veranstaltungen der Mediatoren in Aussicht gestellt habe. Daher seien keine weiteren Förderungen zu erwarten. Trotzdem werden die Mittel ausreichen, um auch in 2013 noch etliche Einsätze der Mediatoren/-innen finanzieren zu können.

KA Schettgen spricht sich dafür aus, die Verhandlungen abzuwarten und derzeit keine Mittel in den Haushalt einzustellen.

Herr Horzella weist darauf hin, dass das Projekt zwischenzeitlich intern und extern gut vernetzt sei. Deshalb gehe er davon aus, dass die Arbeit im Sinne des nunmehr beendeten Projektes MiMi fortgeführt werde.

Frau Haase erinnert an die neuen Möglichkeiten zur vernetzten Integrationsarbeit durch den Aufbau des Kommunalen Integrationszentrums. Wie bereits berichtet, beabsichtigt die Verwaltung, die Betreuung der Mediatoren/-innen ab 2013 in diesem Bereich anzusiedeln und den Einsatz im Rahmen der Gesamtkonzeption des Kommunalen Integrationszentrums bedarfsorientiert sowohl für gesundheitsrelevante wie auch für andere Themen in eigener Regie zu steuern.

Nach abschließender Diskussion lässt KA Stolz über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das Projekt MiMi wird als Kreis-Projekt zur Gesundheitsprävention - falls erforderlich unter neuem Namen - weitergeführt. Die Verwaltung klärt mit dem EMZ, ob und wenn ja in welcher Höhe Linzenzgebühren für die Nutzung der vorhandenen Materialien anfallen.

Die Verwaltung nimmt Kontakt mit der Firma Janssen-Cilag GmbH auf, um zu klären, ob eine weitere Förderung des Projektes durch die Firma möglich ist.

Die Verwaltung überlegt in Zusammenarbeit mit den Vereinen und Verbänden, die bereits Angebote für Migrantinnen und Migranten machen, an welchen Stellen die Mediatoren/-innen sinnvolle Angebote machen können (z.B. Elternarbeit in KiTas und Schulen) und wir "vermittelnd" tätig werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 8 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
 4 Enthaltungen SPD-Fraktion
 3 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 2 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion
 1 Nein-Stimme der Fraktion UWG-ME
 1 Ja-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

Gesamtabstimmung zu Produkt 07.01.01

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

07.01.02 (Gesundheitsbezogene Hilfen für Eltern, Kinder und Jugendliche)

Laufende Nr. 3 bis 6 der Tischvorlage

	<input checked="" type="checkbox"/> Ergebnisplan
Seite	922
Zeile	15

Beträge in €	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)*	70.200	71.000	71.800	72.600
Ansatz (neu)	110.200	111.000	111.800	112.600
Differenz	40.000	40.000	40.000	40.000

Vor Einstieg in die Beratungen erläutert Frau Stolz die Antragslage und ruft die vorliegenden Anträge zur Beratung und Abstimmung auf:

Die drei Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen „beratungsCentrum e.V.“, „Frauen beraten/donum vitae e.V. Kreis Mettmann“ und „pro familia e.V. Mettmann“ sowie die „esperanza Schwangerschafts- und Väterberatung“ des SKFM Mettmann e.V. haben die Erhöhung der Kreiszuschüsse beantragt. Die Anträge sowie eine Stellungnahme der Verwaltung liegen vor (Ifd. Nr. 3 der Tischvorlage).

Ergänzend beantragt die SPD-Fraktion, die Kreiszuschüsse um 40.000 € zu erhöhen, da seit 2006 die Zuschüsse gleichgeblieben sind. Inzwischen seien jedoch sowohl die Personal- als auch die Energiekosten erheblich gestiegen (Ifd. Nr. 4 der Tischvorlage).

Das gleiche Ziel verfolgt der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der ebenfalls eine Anpassung von 40.000 € vorschlägt. Begründet wird dies damit, dass die Einrichtungen im Kreis Mettmann wichtige, anerkannte Beratungs- und Aufklärungsarbeit leisten. Alle Vereine befinden sich in einer finanziell schwierigen Lage. Die Kreismittel wurden seit 2007 nicht angeglichen. Eine größere Förderung durch das Land führte bisher zu einer Reduzierung der Kreismittel in gleicher Höhe. Dadurch konnten steigende Personal- und Sachkosten nicht ausgeglichen werden. (Ifd. Nr. 5 der Tischvorlage)

Hinzu kommt ein Veränderungsantrag der Verwaltung, den diese aufgrund aktueller Erkenntnisse bezüglich der Finanzplanung der Beratungsstellen zur Diskussion stellt (Ifd. Nr. 6 der Tischvorlage):

	<input checked="" type="checkbox"/> Ergebnisplan
Seite	922
Zeile	15

Beträge in €	2013	2014	2015	2016
Planansatz (alt)*	70.200	71.000	71.800	71.800
Ansatz (neu)	90.200	95.000	99.800	103.800
Differenz	+20.000	+24.000	+28.000	+32.000

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Sport am 04.02.2013 neue Entwürfe der Vereinbarungen mit den Schwangerschafts(konflikt)-beratungsstellen vorzulegen. Darin ist u.a. zu regeln:

- Eine Erhöhung des Grundzuschusses in 2013 von 17.050 € auf 22.050 €
- Eine Erhöhung des Grundzuschusses ab 2014 bis 2018 um jährlich jeweils weitere 1.000 €
- Eine begrenzte Laufzeit der Vereinbarungen für 6 Jahre, d.h. für die Zeit vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2018, mit der Pflicht zur Überprüfung und Neufestsetzung im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2019
- Die Festlegung des Subsidiaritätsgrundsatzes der Kreisförderung durch
 - eine Anrechnung der Sachkostenpauschale des Landes auf die Kreisförderung
 - die Vorlage eines aussagekräftigen Verwendungsnachweises durch die Beratungsstellen nach einem durch die Verwaltung zu entwickelnden Muster
 - eine jährliche Überprüfungspflicht der Verwaltung hinsichtlich einer möglichen Überfinanzierung und sich daraus ergebende Rückforderungsansprüche

Die entsprechenden Haushaltsmittel sind in den Haushalt 2013ff einzustellen. Sofern in den neuen Vereinbarungen weitere förderfähige Zusatzangebote anerkannt werden, sind die sich daraus für das Jahr 2013 ergebenden Mehraufwendungen überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Herr Richter erläutert im Anschluss den Veränderungsantrag der Verwaltung. Dieser führe zu einer sofortigen Entlastung je Beratungsstelle um 5.000 € sowie sukzessive zu jährlichen weiteren Entlastungen um je 1.000 € bis zum Jahr 2018. Gleichzeitig würden die Vereinbarungen in enger Abstimmung mit den Beratungsstellen überprüft.

KA Vogel hält die Argumentation der Beratungsstellen für schlüssig.

KA Lachmann und KA Münnich bitten um Abstimmung über die Anträge ihrer Fraktionen.

KA Schettgen und KA Horzella schließen sich für ihre Fraktionen dem Verwaltungsvorschlag an. KA Horzella betont, dass die Beratungsstellen hervorragende Arbeit leisten, erinnert aber auch an die Nachrangigkeit der Kreisfinanzierung gegenüber der Landesfinanzierung.

Nach abschließender Diskussion lässt KA Stolz zunächst über die weitergehenden Anträge der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abstimmen:

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Kreiszuschüsse der vier Beratungsstellen werden um je 10.000 € jährlich erhöht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
8 Nein-Stimmen CDU-Fraktion
4 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
3 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion
1 Nein-Stimme der Fraktion UWG-ME
1 Ja-Stimme der Fraktion DIE LINKE.

Es folgt sodann die Abstimmung über den Veränderungsantrag der Verwaltung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Sport am 04.02.2013 neue Entwürfe der Vereinbarungen mit den Schwangerschafts(konflikt)-beratungsstellen vorzulegen. Darin ist u.a. zu regeln:

- Eine Erhöhung des Grundzuschusses in 2013 von 17.050 € auf 22.050 €
- Eine Erhöhung des Grundzuschusses ab 2014 bis 2018 um jährlich jeweils weitere 1.000 €
- Eine begrenzte Laufzeit der Vereinbarungen für 6 Jahre, d.h. für die Zeit vom 01.01.2013 bis zum 31.12.2018, mit der Pflicht zur Überprüfung und Neufestsetzung im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2019
- Die Festlegung des Subsidiaritätsgrundsatzes der Kreisförderung durch
 - eine Anrechnung der Sachkostenpauschale des Landes auf die Kreisförderung
 - die Vorlage eines aussagekräftigen Verwendungsnachweises durch die Beratungsstellen nach einem durch die Verwaltung zu entwickelnden Muster
 - eine jährliche Überprüfungspflicht der Verwaltung hinsichtlich einer möglichen Überfinanzierung und sich daraus ergebende Rückforderungsansprüche

Die entsprechenden Haushaltsmittel sind in den Haushalt 2013ff einzustellen. Sofern in den neuen Vereinbarungen weitere förderfähige Zusatzangebote anerkannt werden, sind die sich daraus für das Jahr 2013 ergebenden Mehraufwendungen überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
8 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
4 Enthaltungen SPD-Fraktion
3 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
2 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion
1 Ja-Stimme der Fraktion UWG-ME
1 Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Gesamtabstimmung zu Produkt 07.01.02

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei vier Enthaltungen der SPD-Fraktion und einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

07.01.03 (Psychosoziale Versorgung)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

07.02.01 (Gesundheitsschutz)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

07.02.02 (Medizinalaufsicht)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

07.03.01 (Amts- und sozialärztliche Aufgaben)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Produktbereich 08 (Sportförderung)

Produkte 08.01.01

08.01.01 (Sportförderung)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE.

Es schließt sich die Gesamtabstimmung an:

Beschluss

Der Ausschuss für Gesundheit und Sport nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2013 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig, bei vier Enthaltungen der SPD-Fraktion

Zu Punkt 7: Nachträge

Zu Punkt 7.1: Agenda zur Inklusion hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.10.2012 - Vorlage Nr. 57/005/2012

Herr Schwabe beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion. Die Antwort ist der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.

Zu Punkt 7.2: Ausstellung von Schwerbehindertenausweisen hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 22.10.2012 - Vorlage Nr. 57/006/2012

Herr Schäfer beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion. Die Antwort ist der Niederschrift als **Anlage 5** beigefügt.

Vor Behandlung des Tagesordnungspunktes 8 stellt KA Stolz die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 16:44 Uhr

gez.
Margret Stolz

gez.
Andrea Pannen